

Umsatzsteuer-News

Aktuelles rund um das Umsatzsteuerrecht

Ausgabe 06, Juni 2021

Inhalt

Aus der Rechtsprechung	2
Zum Vorsteuerabzug aus Aufwendungen mit Drittwirkung	
Auf Druck des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) rückt der Bundesfinanzhof (BFH) von seiner bisherigen Haltung zum Vorsteuerabzug aus Aufwendungen ab, die dem Unternehmen des Steuerpflichtigen nur mittelbar zugutekommen. Die Auswirkungen lassen sich noch nicht absehen.....	2
Herstellerrabatt als Entgeltsbestandteil des innergemeinschaftlichen Erwerbs von Arzneimitteln	
Nach § 130a Abs. 1 SGB V erhalten die gesetzlichen Krankenkassen von den Apotheken einen Abschlag auf den Preis von Medikamenten; dieser Rabatt wird den Apotheken in einem zweiten Schritt von den pharmazeutischen Unternehmen erstattet. Nach Auffassung des Bundesfinanzhofs (BFH) ist die Erstattung dieses gesetzlichen Herstellerrabatts durch Zahlung des Herstellers des Arzneimittels an die rabattgewährende Apotheke als Entgelt von dritter Seite anzusehen.	3
Aus der Finanzverwaltung.....	4
Umsatzsteuerrechtliche Behandlung der Leistungen von Börsen und anderer Handelsplattformen	
Akteure im Börsengeschäft erbringen je nach Gestaltung ihrer Tätigkeit unterschiedliche Leistungen. In seinem Schreiben teilt das Bundesministerium der Finanzen (BMF) mit, wie diese Tätigkeiten umsatzsteuerlich zu behandeln sind – dabei äußert es sich auch zu anderen Handelsplattformen für Finanzprodukte.	4
Garantiezusage als Versicherungsleistung	
Das Bundesministerium der Finanzen (BMF) reagiert in seinem Schreiben auf ein Urteil des Bundesfinanzhofs (BFH) vom 14. November 2018, wonach die entgeltliche Garantiezusage eines Kfz-Händlers keine unselbstständige Nebenleistung zur Fahrzeuglieferung, sondern eine eigenständige Leistung sei. Der Umsatzsteuer-Anwendungserlass (UStAE) wird entsprechend geändert. Das Schreiben hat über den Kfz-Handel hinaus Bedeutung.	5
Aus dem Ausland	6
Japan: Qualifiziertes Rechnungssystem	
Die japanische Consumption Tax (CT) soll zum 1. Oktober 2023 dem europäischen Mehrwertsteuersystem etwas weiter angeglichen werden: Von diesem Datum an wird der Vorsteuerabzug nur aus „qualifizierten Rechnungen“ „qualifizierter Rechnungsaussteller“ möglich sein.	6
Service	7
Ihre Ansprechpartner	7
Bestellung und Abbestellung	7

Aus der Rechtsprechung

Zum Vorsteuerabzug aus Aufwendungen mit Drittwirkung

Auf Druck des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) rückt der Bundesfinanzhof (BFH) von seiner bisherigen Haltung zum Vorsteuerabzug aus Aufwendungen ab, die dem Unternehmen des Steuerpflichtigen nur mittelbar zugutekommen. Die Auswirkungen lassen sich noch nicht absehen.

Fundstellen:

BFH XI R 26/20 (XI R 28/17), Urteil vom 16. Dezember 2020; V R 17/10, Urteil vom 9. Dezember 2010; XI R 36/10, Urteil vom 12. Dezember 2012; EuGH C-528/19 „Mitteldeutsche Hartstein-Industrie“, Urteil vom 16. September 2020; C-405/19 „Vos Aannemingen“, Urteil vom 1. Oktober 2020; C-126/14 „Sveda“, Urteil vom 22. Oktober 2015; C-132/16 „Iberdrola“, Urteil vom 14. September 2017; BMF-Schreiben vom 7. Juni 2012, Az. IV D 2-S 7300/07/10001:001, Dok.-Nr. 2012/0479016, BStBl. I 2012, 621

Eine Organgesellschaft der Klägerin des Ausgangsverfahrens betrieb einen Steinbruch. Die Bezirksregierung hatte den Neuaufschluss und Betrieb dieses Steinbruchs unter der Auflage genehmigt, dass er über eine bestimmte Gemeindestraße erschlossen wurde. Dazu war der Ausbau dieser Straße erforderlich. Die Organgesellschaft (bzw. ihre Rechtsvorgängerin) traf daher eine Vereinbarung mit der Stadt, auf deren Gebiet sich das Steinvorkommen befand. Die Vereinbarung sah vor, dass die Stadt die betreffende Straße ausbauen und sodann der Organgesellschaft zur Verfügung stellen sollte. Die Organgesellschaft sollte die Kosten für den Ausbau tragen; die Stadt war aber berechtigt, die Ausbaumaßnahme an die Vertragspartnerin zu delegieren. Später wurde die Genehmigung der Bezirksregierung ergänzt: Die Genehmigung sollte erlöschen, wenn der Ausbau der Straße nicht bis zu einem bestimmten Datum abgeschlossen war. Den Ausbau übernahm eine andere Organgesellschaft (B-GmbH) der Klägerin, die die Straße fristgerecht fertigstellte. Die Klägerin zog die Vorsteuer aus den Aufwendungen zur Herstellung der Straße ab. Das Finanzamt war der Auffassung, dass die Klägerin mit dem Ausbau der Straße eine unentgeltliche Wertabgabe an die Stadt bewirkt habe, und erhob die Steuer auf die unentgeltliche Wertabgabe nach.

Der BFH hatte dem EuGH die Fragen vorgelegt, ob der Klägerin unter diesen Umständen der Vorsteuerabzug zustand und ob die Genehmigung durch die Bezirksregierung als Gegenleistung für die Leistungen zum Ausbau der Straße anzusehen war. Für den Fall, dass die Leistung zum Ausbau der Straße unentgeltlich war, wollte der BFH wissen, ob diese Lieferung einer entgeltlichen Lieferung von Gegenständen gleichgestellt war (also der Umsatzbesteuerung als unentgeltliche Wertabgabe unterlag), obwohl sie unternehmerischen Zwecken diene. Der EuGH entschied, dass der Klägerin der Abzug der Vorsteuer aus ihren Aufwendungen zustand und dass es sich ausgangsseitig, obwohl ohne Gegenleistung, nicht um eine der Umsatzsteuer unterliegende unentgeltliche Wertabgabe gehandelt habe (zu Einzelheiten vgl. Ausgabe 10 unseres Newsflashes *Umsatzsteuer-News* vom Oktober 2020). Der BFH hat daraufhin nun seine Rechtsprechung geändert und die Grundsätze des EuGH-Urteils übernommen.

An der früheren Rechtsprechung, wonach eine mittelbare (unternehmerische) Veranlassung für das Recht zum Vorsteuerabzug nicht ausreichend sei, hielt der BFH daher nicht mehr fest. Was die Ausgangsseite anging, so habe keine unentgeltliche Wertabgabe vorgelegen. Aus dem Umstand, dass die Arbeiten zum Straßenausbau nicht zu einem un versteuerten Endverbrauch führten (vielmehr ein Endverbrauch der Straße „für Zwecke der Klägerin“ stattfinde, womit in diesem Zusammenhang unternehmerische Zwecke gemeint sein dürften), ergebe sich, dass der Ausbau der Gemeindestraße keiner Lieferung von Gegenständen oder einer sonstigen Leistung gegen Entgelt gleichstehe. Ein un versteuerten Endverbrauch (und somit eine Anwendung jedenfalls des § 3 Abs. 1b Nr. 3 und Abs. 9a Nr. 2 UStG) drohe unter den folgenden Voraussetzungen nicht: Die Eingangsleistung wird vor allem für Bedürfnisse des Steuerpflichtigen genutzt; sie ist für das Unternehmen erforderlich und geht darüber nicht hinaus; die Kosten der Eingangsleistung sind (kalkulatorisch) im Preis der getätigten Ausgangsumsätze enthalten und der Vorteil des Dritten – hier der Allgemeinheit – ist allenfalls nebensächlich.

Hinweis

Mit diesem Urteil setzt der BFH eine nun bereits verfestigte Rechtsprechung des EuGH um: Nicht erst mit den im vergangenen Jahr veröffentlichten Urteilen „Mitteldeutsche Hartstein“ (das entsprechende Vorabentscheidungsersuchen lag dem vorliegenden Urteil zugrunde) und „Vos Aannemingen“ (in der BFH-Entscheidung ebenfalls berücksichtigt) hat der EuGH entschieden, dass die Vorsteuer aus Eingangsumsätzen für Leistungen, die (auch) Dritten zugutekommen, unter gewissen weiteren Voraussetzungen abziehbar ist: Für ähnliche Sachverhalte hatte er schon in den Urteilen „Sveda“ (2015) und „Iberdrola“ (2017) eine gleichartige Auffassung vertreten. Es ist anzunehmen, dass nach dem BFH auch das Bundesministerium der Finanzen (BMF) seine Auffassung zum Vorsteuerabzug bei Dritteffekten ändert, wie es sie etwa in seinem

Schreiben vom 7. Juni 2012 zur umsatzsteuerrechtlichen Behandlung von Erschließungsmaßnahmen vertreten hat.

Die Konsequenzen des Urteils sind noch nicht abzusehen. Möglicherweise bietet das Urteil die Möglichkeit, die sogenannten überwiegend durch das betriebliche Interesse des Arbeitgebers veranlassten Leistungen (Abschnitt 1.8 Abs. 4 UStAE) von einer fast rein kasuistischen auf eine dogmatische Basis zu stellen. Zu diesen Leistungen zählen zum Beispiel betriebliche Fortbildungsleistungen, die Zurverfügungstellung von Parkplätzen auf dem Betriebsgelände sowie von Betriebskindergärten oder die unentgeltliche Abgabe von Speisen anlässlich und während eines außergewöhnlichen Arbeitseinsatzes. Das würde freilich auch bedeuten, dass sich diese Leistungen künftig an den vom BFH genannten Voraussetzungen messen lassen müssen.

Wie das Erfordernis des nebensächlichen Vorteils des Dritten auszulegen ist, ist einstweilen nicht völlig klar. Der Vorteil für den Dritten braucht nämlich keineswegs geringfügig zu sein: Abgesehen davon, dass bei Erschließungsmaßnahmen durchaus beträchtliche Werte auf die jeweilige Gebietskörperschaft übergehen können, erwähnt der BFH auch ein früheres Urteil in der Rechtssache XI R 36/10, in dem es um die Hingabe von Blutdruckmessgeräten an Diabetiker geht, um den Absatz von nachzukaufenden Teststreifen zu fördern. Offenbar würde er in derselben Sache heute eine andere Entscheidung treffen. Auch die Voraussetzung, dass die Eingangsleistung für das Unternehmen erforderlich sein muss und nicht darüber hinausgehen darf, kann im Einzelfall für Wertungsschwierigkeiten sorgen. Insofern könnten BFH und Finanzverwaltung auch weiterhin nicht um Gründe verlegen sein, zum Beispiel an den Grundsätzen festzuhalten, die der BFH in seinem Urteil in der Rechtssache V R 17/10 formuliert hat: Dort sprach er eine (laut Urteil irrelevante) mittelbare Absicht des Unternehmers an, mit Betriebsausflügen das Betriebsklima zu verbessern.

Es sei aber darauf hingewiesen, dass sich der EuGH im Urteil in der Rechtssache „Vos Aannemingen“ in Hinblick auf Aufwendungen mit Dritteffekt, die ganz bestimmten Ausgangsumsätzen zuzurechnen sind, sehr vorsichtig ausdrückt. Das kontrastiert mit den durchaus sehr bestimmten Ausführungen im Urteil „Mitteldeutsche Hartstein“, wo die Aufwendungen den Allgemeinkosten zuzurechnen waren. Der Vorsteuerabzug ist nach dem Urteil „Vos Aannemingen“ nur insoweit statthaft, als die Eingangsleistungen für Zwecke der *eigenen* besteuerten Umsätze des Unternehmers verwendet werden. In Fällen, in denen Aufwendungen mit Drittwirkung (auch teilweise) mit bestimmten Ausgangsumsätzen des Dritten zusammenhängen könnten, sollten Unternehmer also Vorsicht walten lassen, weil der Vorsteuerabzug ganz oder teilweise in Frage stehen könnte.

Herstellerrabatt als Entgeltsbestandteil des innergemeinschaftlichen Erwerbs von Arzneimitteln

Nach § 130a Abs. 1 SGB V erhalten die gesetzlichen Krankenkassen von den Apotheken einen Abschlag auf den Preis von Medikamenten; dieser Rabatt wird den Apotheken in einem zweiten Schritt von den pharmazeutischen Unternehmen erstattet. Nach Auffassung des Bundesfinanzhofs (BFH) ist die Erstattung dieses gesetzlichen Herstellerrabatts durch Zahlung des Herstellers des Arzneimittels an die rabattgewährende Apotheke als Entgelt von dritter Seite anzusehen.

Fundstelle:

BFH V R 34/18, Urteil vom 10. Dezember 2020

Die Klägerin war eine gesetzliche Krankenkasse, deren Versicherte ihre Rezepte teilweise bei niederländischen Versandapotheken einreichen. Diese Apotheken versandten daraufhin die Medikamente aus den Niederlanden ins Inland. Die Klägerin zahlte den Versandapotheken dafür einen jeweils um den sogenannten Herstellerrabatt (Abschlag nach § 130a Abs. 1 Satz 1 SGB V) geminderten Betrag; der Herstellerrabatt wurde den Versandapotheken vom pharmazeutischen Unternehmer erstattet. Die Klägerin erklärte entsprechende innergemeinschaftliche Erwerbe, für die sie jeweils den um den Herstellerrabatt geminderten Preis ansetzte. Die Finanzverwaltung war aber der Meinung, dass die Bemessungsgrundlage für den Erwerb auch den Herstellerrabatt umfasste, und erhob entsprechend Steuer nach. Dem widersprach das erstinstanzliche Finanzgericht: Seiner Auffassung nach war der besagte Rabatt nicht Teil der Bemessungsgrundlage, weil es insoweit an dem erforderlichen unmittelbaren Zusammenhang mit der Lieferung der Arzneimittel fehle.

Der BFH teilte die Auffassung des erstinstanzlichen Finanzgerichts (FG) nicht. Das Entgelt für eine bestimmte Leistung ergebe sich regelmäßig auf der Grundlage des Rechtsverhältnisses zwischen Leistendem und Leistungsempfänger – das gelte auch für die Frage, ob die Zahlung eines Dritten für eine bestimmte Leistung des Leistenden gewährt wird. Dazu bedürfe es eines unmittelbaren Zusammenhangs zwischen einer Leistung und einer tatsächlich empfangenen Gegenleistung. Dieses Rechtsverhältnis werde aber

auch durch die Regelung des § 130a SGB V ausgestaltet, wonach (entgegen der Auffassung des FG) der für die Entgelteigenschaft des Herstellerrabatts erforderliche unmittelbare Zusammenhang mit der Lieferung der Arzneimittel zu bejahen sei. Daher liege in Höhe der Erstattung ein Entgelt von dritter Seite vor: Die Zahlung des Herstellerrabatts hänge gemäß § 130a Abs. 1 SGB V direkt von der Lieferung der Arzneimittel an die Klägerin ab. Dass es sich um einen Entgeltbestandteil (und nicht z. B. um einen durchlaufenden Posten) handele, entspreche zudem der umsatzsteuerrechtlichen Behandlung von Preisnachlässen in Lieferketten, die auch dann gälten, wenn (wie hier) die Rabattierung und die Erstattung des Rabatts auf gesetzlicher Grundlage erfolgten. Einen Verstoß gegen den Grundsatz der Neutralität der Mehrwertsteuer sah der BFH in alldem nicht.



Aus der Finanzverwaltung

Umsatzsteuerrechtliche Behandlung der Leistungen von Börsen und anderer Handelsplattformen

Akteure im Börsengeschäft erbringen je nach Gestaltung ihrer Tätigkeit unterschiedliche Leistungen. In seinem Schreiben teilt das Bundesministerium der Finanzen (BMF) mit, wie diese Tätigkeiten umsatzsteuerlich zu behandeln sind – dabei äußert es sich auch zu anderen Handelsplattformen für Finanzprodukte.

Fundstelle:
BMF-Schreiben vom
3. Mai 2021

Dem Schreiben zufolge ist in einem ersten Schritt zu prüfen, ob die Börse bzw. die Handelsplattform mehrere selbstständige oder eine einheitliche Leistung erbringe; daran schließe sich die Prüfung an, ob die Steuerbefreiung nach § 4 Nr. 8 UStG, besonders § 4 Nr. 8 lit. e UStG (Umsätze im Geschäft mit Wertpapieren und die Vermittlung dieser Umsätze) anwendbar ist.

Der Börsenbetreiber kann zum Beispiel die Wertpapiere als Eigenhändler (als „zentraler Kontrahent“) vertreiben. Dazu stellt er die Handelsplattform zur Verfügung, was bedeutet, dass er IT-Dienstleistungen erbringt; diese Leistungen, denen keine eigene wirtschaftliche Bedeutung zukomme, stuft das BMF als Nebenleistungen zum Wertpapierhandel ein. Die einheitliche Gesamtleistung könne nach § 4 Nr. 8 lit. e UStG insgesamt umsatzsteuerfrei sein. Das BMF weist auf eine mögliche Option sowie im Hinblick auf den Vorsteuerabzug auf das Drittlandsprivileg nach § 15 Abs. 2 Nr. 2 i. V. m. Abs. 3 Nr. 2 lit. b UStG hin.

Der Börsenbetreiber kann aber auch nur als Abwickler in Erscheinung treten. Er selbst verkauft dann keine Wertpapiere – die Käufer und Verkäufer handeln ohne Mittler direkt miteinander. Der Börsenbetreiber beschränkt sich auf das „Matching“ (elektronisches Verfahren zur Zusammenführung von Kauf- und Verkaufsorder), „Clearing“ (die Eingabe der Positionen in das Verrechnungssystem einschließlich Berechnung der Nettoverbindlichkeiten von Käufer und Verkäufer) und das „Settlement“ (Erfüllung des Handelsgeschäftes). Sofern alle drei Leistungen durch denselben Unternehmer erbracht werden, handele es sich um eine einheitliche Leistung, wobei das Matching die Hauptleistung sei. Diese Leistung – ein Umsatz im Geschäft mit Wertpapieren – erfüllt nach Meinung des BMF grundsätzlich die Voraussetzungen der Umsatzsteuerbefreiung des § 4 Nr. 8 lit. e UStG. Auch hier äußert sich das BMF zu Option und Vorsteuerabzug.

Wenn der Börsenbetreiber lediglich IT-Leistungen wie etwa eine technische Anbindung an die Börsenprogramme zur Verfügung stellt, ohne dass die Leistungsempfänger selbst Transaktionen vornehmen, handele es sich um eine bloße Überlassung von Datenkapazitäten, die mit Handelsgeschäften nicht zusammenhängt und auch nicht steuerfrei ist.

Die vorstehenden Grundsätze sind nach Angaben des BMF auch auf Umsätze von anderen Handelsplattformen für Finanzprodukte (z. B. für den Handel mit Kryptowährungen wie etwa Bitcoin) übertragbar. Sie sind in allen offenen Fällen anzuwenden, wobei auch die Möglichkeit einer Option mit Wirkung für die Vergangenheit zu beachten sein kann. Hinzu kommen einige Nichtbeanstandungsregelungen für vor dem 1. Juli 2021 erbrachte Dienstleistungen für näher bezeichnete Fälle, in denen unselbstständige Nebenleistungen als eigenständige Leistungen behandelt wurden.

Hinweis

Bislang war zum Beispiel unklar, wie im Falle eines Unternehmers, der als „zentraler Kontrahent“ handelt, die IT-Leistungen zu beurteilen sind: Wie das BMF mitteilt, handelt es sich um eine Nebenleistung zur Hauptleistung (dem Wertpapierhandel).

Garantiezusage als Versicherungsleistung

Das Bundesministerium der Finanzen (BMF) reagiert in seinem Schreiben auf ein Urteil des Bundesfinanzhofs (BFH) vom 14. November 2018, wonach die entgeltliche Garantiezusage eines Kfz-Händlers keine unselbstständige Nebenleistung zur Fahrzeuglieferung, sondern eine eigenständige Leistung sei. Der Umsatzsteuer-Anwendungserlass (UStAE) wird entsprechend geändert. Das Schreiben hat über den Kfz-Handel hinaus Bedeutung.

Fundstellen:

BMF-Schreiben vom 11. Mai 2021 und vom 18. Juni 2021; BFH XI R 16/17, Urteil vom 14. November 2018

Dem Schreiben zufolge sind im Einzelnen nach § 4 Nr. 10 lit. a UStG Leistungen aus entgeltlichen Garantiezusagen des Verkäufers (Versicherers) steuerfrei, die in einer vertraglichen entgeltlichen Garantiezusage eines Verkäufers bestehen. Voraussetzung sei, dass der Verkäufer (Versicherer) damit zusagt, im Falle eines Schadens an der Kaufsache in der Weise für den Schaden einzustehen, dass der Käufer einen Anspruch auf Reparatur oder Reparaturkostenersatz gegen den Verkäufer erhält. Davon nimmt das BMF den Fall aus, dass die Garantiezusage nur in Verbindung mit dem Abschluss eines Vollwartungsvertrags für den Kaufgegenstand erteilt wird. Das sei keine versicherungs-, sondern eine grundsätzlich umsatzsteuerpflichtige Leistung eigener Art.

Umsatzsteuerfrei nach der genannten Vorschrift seien ferner entgegen der bisherigen Rechtsprechung des BFH vom 10. Februar 2010 entgeltliche Garantiezusagen, die ein Wahlrecht des Käufers (Garantienehmers) zwischen einem Reparaturanspruch gegen den Verkäufer (Garantiegeber) und Reparaturkostenersatzanspruch gegen einen anderen Versicherer vorsehen. Das zum BFH-Urteil ergangene BMF-Schreiben vom 15. Dezember 2010 wird daher aufgehoben und der UStAE (Abschnitt 4.8.12 Abs. 1 S. 4) entsprechend – wenngleich deutlich weniger ausführlich als das Schreiben – geändert.

Da die Umsatzsteuerbefreiung nach § 4 Nr. 10 lit. a UStG systematisch an eine Versicherungssteuerbarkeit der betreffenden Leistungen geknüpft ist, macht das BMF im Schreiben zudem Ausführungen zur Versicherungssteuer. Die Grundsätze dieses Schreibens sollten zunächst nur auf Garantiezusagen anzuwenden sein, die nach dem 30. Juni 2021 abgegeben wurden; diese Frist wurde jedoch mit Schreiben vom 18. Juni 2021 auf den 1. Januar 2022 verlängert. Für vor diesem Datum abgegebene Garantiezusagen wird es jedoch nicht beanstandet, wenn die Grundsätze dieses Schreibens bereits angewendet werden.

Hinweis

Im Schreiben vom 18. Juni 2021 weist das BMF zur Klarstellung darauf hin, dass die steuerlichen Grundsätze zu Garantiezusagen branchenunabhängig Geltung beanspruchen und daher über die Anwendung im Kfz-Bereich und für Kfz-Händler hinausgehen. Angesichts dieser breiten Anwendung des Schreibens ist es umso wichtiger, dass Unternehmer, die solche Leistungen erbringen, die neuen Regelungen nicht zuletzt unter dem Gesichtspunkt prüfen, ob sie spätestens nach Ablauf der Übergangsfrist versicherungssteuerbare Leistungen erbringen.

Die Bedeutung des Urteils (und des Schreibens) besteht darin, dass die unübersichtliche Rechtslage nach einfacheren Grundsätzen geordnet wurde. Zuvor war die Frage, ob eine eigenständige Leistung vorliegt oder nicht, nach Würdigung der Gesamtumstände im Einzelfall zu klären, was mit einer gewissen Rechtsunsicherheit einherging. Im Einzelfall kann sich die neue Rechtslage aber auf den Vorsteuerabzug nachteilig auswirken; auch dazu macht das BMF Ausführungen.

Aus dem Ausland

Japan: Qualifiziertes Rechnungssystem

Die japanische Consumption Tax (CT) soll zum 1. Oktober 2023 dem europäischen Mehrwertsteuersystem etwas weiter angeglichen werden: Von diesem Datum an wird der Vorsteuerabzug nur aus „qualifizierten Rechnungen“ „qualifizierter Rechnungsaussteller“ möglich sein.

Ein qualifizierter Rechnungsaussteller ist ein Steuerpflichtiger für Zwecke der CT, der nicht von CT-Verpflichtungen befreit ist, dem im Zuge eines Registrierungsverfahrens eine Registrierungsnummer erteilt wurde und der daher qualifizierte Rechnungen ausstellen kann. Das bedeutet: Unternehmer, die als qualifizierte Rechnungsaussteller infrage kommen, sollten rechtzeitig durch eine Registrierung die Voraussetzungen dafür schaffen. Eine Registrierung ist ab dem 1. Oktober 2021 möglich und sollte spätestens am 31. März 2023 beantragt werden. Rechnungsempfänger sollten in der Lage sein, die von diesen Personen ausgestellten, mit der Registrierungsnummer versehenen qualifizierten Rechnungen als solche zu identifizieren und zu verifizieren, um den Vorsteuerabzug zu sichern.

Service

Ihre Ansprechpartner

Berlin

Götz Neuhahn

Tel.: +49 30 2636-5445
goetz.neuhahn@pwc.com

Nicole Stumm

Tel.: +49 30 2636-3733
nicole.stumm@pwc.com

Frankfurt am Main / Mannheim

Frank Gehring

Tel.: +49 69 9585-2771
frank.gehring@pwc.com

Gerald Hammerschmidt

Tel.: +49 69 9585-5290
gerald.hammerschmidt@pwc.com

Robert Clemens Prätzler

Tel.: +49 69 9585-6712
robert.clemens.pratzler@pwc.com

Hamburg / Hannover

Markus Huellmann

Tel.: +49 40 6378-8858
markus.huellmann@pwc.com

München / Stuttgart / Nürnberg

Jens Müller-Lee

Tel.: +49 711 25034-1101
jens.mueller-lee@pwc.com

Sandra Zölch

Tel.: +49 89 5790-6840
sandra.zoelch@pwc.com

Düsseldorf / Köln / Essen

Alexandra Hartenfels

Tel.: +49 211 981-2598
alexandra.hartenfels@pwc.com

Sounia Kombert

Tel.: +49 221 2084-384
sounia.kombert@pwc.com

David Kosiak

Tel.: +49 221 2084-270
david.kosiak@pwc.com

ITX ERP and Data Analytics

Roberta Grottini

Tel.: +49 30 2636-5399
roberta.grottini@pwc.com

ITX Financial Services

Imke Murchner

Tel.: +49 89 5790-6779
imke.murchner@pwc.com

ITX Deals

Christian Schubert

Tel.: +49 89 5790-6726
christian.schubert@pwc.com

ITX Business Recovery Services

Maria Milanovic

Tel.: +49 89 5790-5979
maria.milanovic@pwc.com

Bestellung und Abbestellung

Wenn Sie den PDF-Newsletter *Umsatzsteuer-News* bestellen möchten, senden Sie bitte eine leere E-Mail mit der Betreffzeile „Bestellung“ an: SUBSCRIBE_Indirect_Tax_Information@de.pwc.com.

Wenn Sie den PDF-Newsletter *Umsatzsteuer-News* abbestellen möchten, senden Sie bitte eine leere E-Mail mit der Betreffzeile „Abbestellung“ an: UNSUBSCRIBE_Indirect_Tax_Information@de.pwc.com.

Die Beiträge sind als Hinweise für unsere Mandanten bestimmt. Für die Lösung einschlägiger Probleme greifen Sie bitte auf die angegebenen Quellen oder die Unterstützung unserer Büros zurück. Teile dieser Veröffentlichung/Information dürfen nur nach vorheriger schriftlicher Zustimmung durch den Herausgeber nachgedruckt und vervielfältigt werden. Meinungsbeiträge geben die Auffassung der einzelnen Autoren wieder.

© Juni 2021 PricewaterhouseCoopers GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft. Alle Rechte vorbehalten.

„PwC“ bezeichnet in diesem Dokument die PricewaterhouseCoopers GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, die eine Mitgliedsgesellschaft der PricewaterhouseCoopers International Limited (PwCIL) ist. Jede der Mitgliedsgesellschaften der PwCIL ist eine rechtlich selbstständige Gesellschaft.

www.pwc.de